



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN ISRAEL

TEL-AVIV, den 9. April 1973

Ref.: HH/st

Politischer Bericht Nr. 13

VERTRAULICH

gn					Telefon 2441 21/122 Hayarkonstrasse 228
Datum					B 24. MAI 73
Visa					SR
EPD					
B 24. MAI 73					
Ref. p.A. 21.31. Tel Aviv					

Herrn Bundesrat Pierre G r a b e r  
Vorsteher des Eidgenössischen  
Politischen Departements

3003 B e r n

Israel und der Nahostkonflikt

Das EPD wünscht für die Regionalkonferenz in Kairo einen Bericht über das Residenzland und über den Nahostkonflikt aus der Sicht des Residenzlandes. Da der Nahostkonflikt aber eine Funktion der Entstehung Israels ist, kann ich die gewünschte Trennung nicht streng durchführen. Was Israel ist, will und plant, hängt mit dem Nahostkonflikt und seiner Lösung zusammen. Am Nahostkonflikt sind wir direkt interessiert, da er auch die Schweiz in vielfacher Weise berührt. Die Berichte über israelische Realitäten und über die Zukunftsaussichten des Staates sollen uns daher in erster Linie eine Beurteilung des Nahostkonfliktes erlauben. Alles ist dafür von Bedeutung: die Geschichte, die wirtschaftliche und militärische Stärke Israels, seine Innenpolitik und die Beziehungen unter den Juden der ganzen Welt und die Beziehungen Israels zu anderen Staaten. Dies ist zu bedenken, wenn ich meinen Bericht in zwei Abschnitte teile: zuerst 25 Jahre Israel und dann Nahostkonflikt.

I. Israel 25 Jahre nach seiner Entstehung

Die komplexe Realität Israel hat Aspekte, die zu einem erstaunlich grossen Teil einzigartig sind. Vergleiche mit andern Kleinstaaten, die sich gegen mächtige Nachbarn zu behaupten hatten, wie die Schweiz, Finnland, Ungarn, hinken. Ich resümiere diese Aspekte im folgenden:

./.



1. Die 4000jährige Geschichte des Judentums ist eine wichtige Basis für den Staat Israel. Die 2000 Jahre in Palästina bis zur Zerstörung des Tempels in Jerusalem im Jahre 70 nach Christus begründen den Anspruch der Juden auf dieses Territorium. Die folgenden 2000 Jahre Exil beweisen das Recht auf Existenz als Nation und verpflichten zum Durchhalten und zur Abwehr aller feindlichen Kräfte. Die Judenverfolgungen in Osteuropa haben zum Beschluss des Zionistenkongresses von Basel von 1897, einen jüdischen Staat zu gründen, geführt. Die Balfour-Deklaration von 1914 hat der Idee die erste internationale Anerkennung gebracht. Der Holocaust in Nazideutschland war neben politischen Kräfteverschiebungen nach dem 2. Weltkrieg die Voraussetzung für den UNO-Beschluss von 1947, den jüdischen Staat Israel zu schaffen. Studium, Erforschung und Beschreibung der Geschichte, und zwar der Geschichte Palästinas vor Christus und des jüdischen Volkes im Exil und schliesslich Israels während der letzten 25 Jahre wird daher vom Staate stark unterstützt und gefördert. Geschichte von Volk und Religion gehen dabei Hand in Hand; sie sind wesentliche Elemente für die Staatsbildung. Die Folge ist, dass jeder Israeli und die meisten Juden im Ausland davon fest überzeugt sind, dass der jüdische Staat Israel heute eine Realität ist, welche von niemandem weder in Zweifel gezogen werden darf noch kann. Die Geschichte begründe das Recht Israels auf Existenz; deshalb werde die Anerkennung durch alle Staaten auch kommen.
  
2. Die jüdische Religion ist ein weiteres wesentliches Element des Staates Israel. Der Staat wurde als jüdische Heimstätte gegründet. Weil die Weltgemeinschaft den Juden, definiert durch ihre Religion, einen Teil von Palästina zuerkannte, muss den Arabern zugemutet werden, für einen neuen Staat Platz zu machen. Dass Israel die Heimstätte aller Juden ist, hat zur Folge:
  - dass der Staat die Pflege der jüdischen Religion im In- und Ausland als eine zentrale Verpflichtung ansieht;
  - dass die streng religiösen Kreise in ihren verschiedenen Schattierungen einen Einfluss im Staate haben, der weit über ihren prozentualen Anteil an der Bevölkerung hinausgeht und
  - dass der Staat Anspruch auf Loyalität aller Juden in der Welt erhebt, ja sich sogar verantwortlich erklärt für das Wohl und Wehe aller Juden, wo immer sie sich befinden.

Religion und Judentum werden immer wesentliche Aspekte des israelischen Staatswesens sein, auch wenn man die Tendenz erkennen kann, Staat und Kirche gelegentlich zu trennen.

3. Einwanderung und Diaspora. Die jüdische Bevölkerung Israels bildet mit 3 Millionen Seelen nur rund 1/5 des Weltjudentums. Israel erhält von der Diaspora vielfache politische und wirtschaftliche Unterstützung. Von Israel aus wird alles getan, um den jüdischen Charakter der Diaspora zu erhalten und um möglichst viele Auslandsjuden an den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen in Israel zu interessieren. Die Diaspora ist der wichtigste Alliierte Israels. An zweiter Stelle folgen die USA, deren Rücksichtnahme auf Israel zum Teil darauf basiert, dass dort 6 Millionen Juden leben.

Nach der Verteidigung der Existenz des Staates ist die nächstwichtigste Aufgabe der Regierung, jeden jüdischen Einwanderer aufzunehmen und ihm die Einordnung in Gesellschaft und Wirtschaft zu erleichtern. Wie die Israeli auf die gewonnenen Kriege stolz sind, sind sie auch darauf stolz, dass jederzeit alle Einwanderungswellen ohne wesentliche Störung verkraftet werden konnten. Die Verantwortung der Regierung für die Einwanderer beginnt aber nicht erst an der Grenze; die Regierung hält sich auch für berechtigt, sich für die Auswanderung aus dem Residenzland einzusetzen, wenn diese behindert wird (z.B. UdSSR, Syrien, Irak).

Sozusagen alle Israeli wollen den jüdischen Charakter des Staates unter allen Umständen bewahren. Die gelegentlich in die Diskussion geworfene Idee eines binationalen jüdisch-arabischen Staates hat keine seriöse Basis. Die grosse Mehrheit will heute von einer Annexion von Judäa und Samaria mit ihren 700'000 Arabern nichts wissen, trotz den strategischen Vorteilen und historischen Ansprüchen. Diese Haltung könnte sich aber ändern, im Falle einer Masseneinwanderung von Juden (z.B. aus der UdSSR, wo sich 3 Millionen Juden befinden), die eine eindeutige jüdische Mehrheit auf lange Zeit gewährleisten würde.

4. Wirtschaftliche Stärke. Dank der deutschen Entschädigungen und Wirtschaftshilfe, amerikanischer Staatskredite und ständig zunehmender, in die hunderte von Millionen Dollar pro Jahr gehender Unterstützung durch die Diaspora konnte Israel seit den ersten Jahren seiner Existenz hunderttausende von Einwanderern aufnehmen und einordnen, eine starke Landwirtschaft und Industrie errichten und dazu noch ein Militärpotential aufbauen, das demjenigen der arabischen Nachbarn stets überlegen war.

1971 war im Vergleich zu 1948 die Bevölkerung dreimal, das GNP sechsmal, die Zahl der Touristen zwanzigmal, die Produktion von Zitrusfrüchten, von Milch, Eiern, Gemüse, Heu und Silofutter fünfmal grösser, die angebaute Fläche zweieinhalbmal und die künstlich bewässerte Fläche sechsmal grösser. Die Industrieproduktion ist heute das fünffache, der industrielle Export das dreissigfache.

Die starke Stellung europäischer Kultur und Zivilisation, die finanzielle, wirtschaftliche und technische Unterstützung aus Europa und den USA bewirken, dass Israel technisch die Entwicklung der Industriestaaten weitgehend mitmacht, wodurch das Gefälle zu den arabischen Nachbarn immer grösser wird. Die Idee, dass Israel als Brückenkopf in Asien die Unterentwicklung der arabischen Länder mildern könnte, ist vorläufig aus politischer Gegensätzlichkeit unrealisierbar. Im Gegenteil bewirkt gerade die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Israeli, dass sich die Araber vor dem Expansionsdruck ihres hochindustrialisierten Nachbarn fürchten und sich dagegen abschliessen.

Israel legt grossen Wert auf die Erziehung, welche nach der Verteidigung den grössten Anteil am Staatsbudget hat; seit 1950 sind gewaltige Fortschritte gemacht worden. Erziehung wird als Basis betrachtet für Wirtschaft und Verteidigung und für die Erhaltung der Stellung Israels als Vorposten der Industriestaaten in der Dritten Welt.

5. Militärische Stärke. Israel fühlt sich ständig bedroht von seinen Nachbarn. 1948, 1956 und 1967 haben diese blutige Versuche unternommen, Israel zu vernichten. Aber auch in den Zwischenkriegszeiten haben die arabischen Regimes nie aufgehört, auf die Zerstörung Israels hin zu arbeiten. Präsident Sadat hat zwar vor mehr als einem Jahr das Wort Friedensvertrag ausgesprochen, aber verknüpft mit derartigen Vorbehalten, dass sein Friedenswille nicht ernst genommen wurde. Das Verhalten aller Nachbarn hat das Misstrauen der Israeli, ihre Igeleinstellung und ihr Sicherheitsdenken immer mehr verhärtet. Die 4000jährige Geschichte des Volkes, der Holocaust während der Nazi-Zeit und die Erfahrungen der letzten 25 Jahre seit der Staatsbildung bewirken einmal grundsätzliche Abneigung gegen Kompromisse und Nachgiebigkeit, ferner Zuversicht, dass eine Normalisierung mit Geduld und kühlem Verstand erreicht werden kann, und schliesslich Selbstvertrauen und den festen Glauben, dass das Experiment Israel gelingen werde. Man sieht kein Zurück, keine Alternative. Der Zionistenkongress in Basel von 1897 und die UNO-Beschlüsse 1947/48 haben den Juden den Weg vorgezeichnet; sie werden ihn weiterverfolgen im Vertrauen, dass die Welt, besonders auch die Nachbarn, sich früher oder später an den neuen jüdischen Staat Israel gewöhnen werden.

Aus der Erfahrung leiten die Israeli ab, dass auf niemand anders als auf sich selbst Verlass ist. Die Ereignisse der ersten Hälfte 1967 zeigten, dass sie auf die Garantien der UNO nicht vertrauen konnten, so wenig wie auf die Zusicherungen der Grossmächte. Die UNO hat auf Druck Aegyptens ihre Truppen vom Sinai und Gaza zurückgezogen und USA, GB und Frankreich haben ihre

Garantien für die Freiheit der Seeschifffahrt nicht honoriert, als Nasser die Meerenge von Tiran für israelische Schiffe sperrte. Die Israeli fühlen sich daher berechtigt, auf internationale Garantien nicht mehr oder nicht mehr allein zu bauen. Konsequenz daraus ist der Ausbau ihrer Armee und zwar so weit, dass ihr Potential auf die feindlichen Nachbarn abschreckend wirkt und dass die Armee die Existenz des Staates schützen kann, falls der Feind trotzdem angreift. Der Ausbau der Armee soll immer mehr aus eigenen Kräften erfolgen; Minister Eban wies noch kürzlich der israelischen Wissenschaft - neben der Entsalzung des Meerwassers und der Suche neuer Energiequellen - als wichtigste Aufgabe die Selbstversorgung mit Kriegsmaterial zu. Ein wesentlicher Teil der Rüstung muss aber nach wie vor importiert werden. Im Hinblick auf den andauernden Existenzkampf beeinflusst die Sorge um den Nachschub die Aussenpolitik in starkem Masse. Der unerwartete Ausfuhrstop von Präsident de Gaulle einige Tage vor dem Sechstagekrieg hatte tiefreichende Wirkungen: Er beschleunigte den Entscheid, die bedrohliche Einkreisung am 5.6.1967 zu sprengen und wirkt noch immer in einem gewissen Misstrauen Frankreich gegenüber nach. Heute ist die Sicherung des Nachschubes aus den USA ein wesentliches Element der israelischen Aussenpolitik.

Ausser einigen Extremisten sind die Israeli keine Militaristen. Ihre Grundhaltung ist nicht Expansion und Offensive, sondern Verteidigung, Sicherheit, Normalisierung innerhalb sicherer Grenzen (plus Ostjerusalem), wobei Sicherheit eine verständliche Funktion der bisherigen Erfahrungen und der zukünftigen Haltung der Nachbarn ist. Die Erfahrungen von 1967 (Sechstagekrieg) und 1969/70 (Abnutzungskrieg) hatten in dieser Hinsicht besonders nachhaltige Wirkung.

Unter den Begriff "Sicherheit" subsumiert die israelische Regierung: Beherrschung von Gaza und der Golanhöhen und israelische Präsenz in Sharm-el-Sheikh, Entmilitarisierung von Cisjordanien und Sinai, militärische Stützpunkte am Jordan zur Verhinderung des Eindringens von Terroristen. Sie ist überzeugt, dass Israel mit diesen Forderungen auf Verständnis stösst und dass auch die Araber sich mit der Existenz Israels und seinen Sicherheitsbedürfnissen einmal abfinden werden. Sie hält auch für anerkannt, dass Israel an den Waffenstillstandslinien von 1967 bleiben kann, bis ein Friedensvertrag oder Interimsabkommen ausgehandelt ist und in Kraft tritt; dass also Israel keine Vorleistungen territorialer Art erbringen muss, die seine Sicherheit gefährden könnten.

6. Politische Stärke. Israel besitzt seit 25 Jahren ein stabiles Regime. Die Arbeiterpartei mit ihren Verbündeten bildete von Anfang an die ausschlaggebende und entscheidende politische Kraft. Sie stellte die Präsidenten, die Premierminister und die massgebenden Kabinettsmitglieder. Es gab zwar immer wieder innenpolitische Stürme, besonders wegen persönlichen Differenzen. Der eigensinnige Individualismus hat jedoch die grundsätzliche Stabilität nie gefährdet. In Stunden besonderer Gefahr sind die Differenzen jeweils überbrückt worden, wie im Mai 1967, als Dayan als Verteidigungsminister und der Oppositionsführer Begin mit einigen Kollegen ins Kabinett eintraten. Journalisten und Feinde verzerrten und vergrößern oft die Meinungsverschiedenheiten unter den israelischen Politikern. Von nahem besehen geht es in der Regel um persönliche Gifteleien oder Diskussionen über echte Sachprobleme, die angesichts der gemeinsamen Gefahr von aussen aber nicht zu einer tiefen Krise führen.

Im Oktober dieses Jahres werden Parlamentswahlen stattfinden. Voraussichtlich werden auch diese Wahlen keine wesentlichen Veränderungen des israelischen Regimes bringen. Es wird geringe Gewichtsverlagerungen geben und Veränderungen in der personellen Zusammensetzung von Parlament und Kabinett. Im wesentlichen dürfte es bei der beherrschenden Stellung der Arbeiterpartei und bei den bisherigen Richtlinien für die Aussenpolitik bleiben.

7. Schweiz - Israel. Der wirtschaftliche Austausch zwischen den beiden Ländern verbessert sich ständig, z.Zt. höchstens etwas aufgehalten durch die allgemeinen Störungen des Welthandels. Die kulturellen und touristischen Beziehungen sind ausserordentlich intensiv. Die politische, ideelle und wirtschaftliche Anlehnung Israels an Europa wirkt sich auch zugunsten der bilateralen Beziehungen aus. Für den Goodwill und das Interesse, das Israel in der Schweiz findet, spielen die 2000 jungen Schweizer, die jedes Jahr 2 - 3 Monate in israelischen Kibbuz verbringen, eine wichtige Rolle, neben den vielen Schweizer Touristen (1972 waren es 22'000).

An wichtigen Einzelfällen sind pendent:

- Auslieferung von Pesachovitch wegen Betrugs und Urkundenfälschungen
- Begnadigung des Terroristen Bruno Breguet (12 Jahre Gefängnis)
- Begnadigung des Mörders Guy Laurent (lebenslänglich)
- Streit Swissair - El Al wegen Zulassung der DC 10 der Swissair.

Für alle Fälle sei daran erinnert, dass in Israel eine starke Delegation der IKRK (dauernd rund 12 Delegierte) arbeitet; ferner dass wir an die UNTSO, die UNO-Beobachterorganisation mit Hauptquartier in Jerusalem, durch Zurverfügungstellung von zwei Flugzeugen mit Mannschaft beitragen.

- 7 -

Zwischen hebräischer Universität Jerusalem / Technion Haifa / Weizmann-Institut Rehovot und der ETH Zürich bestehen Austauschprogramme für Studenten und Professoren.

Mit dem Ministerium für Arbeit führen wir ein Programm zur Ausbildung von israelischen Facharbeitern in der schweizerischen Industrie und Hotellerie durch. Ferner gewähren wir Israel zwei Stipendien.

./.

## II. Nahostkonflikt aus israelischer Sicht

Die Beziehungen Israels zu seinen Nachbarn bilden den Nahostkonflikt. Um diesen Konflikt, wie er sich heute aus israelischer Sicht präsentiert, zu beurteilen, muss man sich die neuere Geschichte dieser Beziehungen vor Augen halten. Ich beschränke mich auf einige Stichworte:

### a. Verlauf der arabisch-israelischen Beziehungen

Die Araber bekämpften schon vor 1947 die infolge der Pogrome in Europa immer mehr zunehmende Einwanderung von Juden in Palästina, sodass gegen Ende der britischen Mandatszeit Palästina einer der grossen Unruheherde der Region war. Als sich die UNO mit der Gründung Israels befasste und entsprechende Beschlüsse fasste, opponierten die Araber konsequent. Bis heute haben sie sich mit der Existenz Israels nicht abgefunden, wobei vielleicht einzig König Hussein eine Ausnahme macht. Alle ihre Handlungen und Äusserungen von 1947 bis heute lassen sich im Beschluss von Khartoum vom 1. September 1967 resümieren: kein Friede, keine Anerkennung und keine Verhandlungen mit Israel. Die wichtigsten konkludenten Handlungen der Araber im Sinne dieser Grundsätze sind:

- Der konzentrierte Angriff der arabischen Armeen von 1948/49, der Israel vernichten sollte und sein Ziel auch beinahe erreichte.
- Die tödliche Bedrohung Israels 1967 durch Abzug der UNO-Truppen aus Sinai und Gaza Mitte Mai, durch Aufmarsch im Sinai von 7 Divisionen ägyptischer Truppen mit 100'000 Mann, 1'000 Panzern und 475 Kampfflugzeugen im Verlaufe des Monats Mai, durch Sperre der Meerenge von Tiran am 22. Mai und vertragliche Vereinigung der syrischen, jordanischen und ägyptischen Armeen am 30. Mai, was zum Sechstagekrieg führte.
- Der Abnutzungskrieg am Suezkanal vom Frühjahr 1969 bis August 1970.
- Die ständige offene Unterstützung aller Feinde Israels, vor allem der Extremisten unter den Palästinensern, was zum Sinaikrieg von 1956 und zahlreichen kleineren Strafaktionen über die Grenzen zwang und die weltweiten Terroraktionen der Fedayin erst ermöglichte.



Insbesondere Aegypten und Syrien sind die beiden Nachbarn, die bisher absolut negativ Israel gegenüber eingestellt waren und nie die geringste Bereitschaft zeigten, Israel anzuerkennen. Mit Jordanien und Libanon hätte Israel dagegen keine Schwierigkeiten, zu einer Normalisierung der Beziehungen zu gelangen. Vereinbarungen mit diesen beiden können aber erst verhandelt werden, wenn das mächtige Aegypten grünes Licht gibt. Kairo hatte von Anfang an die Schlüssel für eine Lösung der Nahostkrise in den Händen.

./.  
Eine Rekapitulation der politischen und militärischen Vorgänge seit dem Sechstagekrieg finden Sie separat beigelegt: Jarring-Verhandlungen, Interimsverhandlungen, Abnutzungskrieg, Waffenruhe vom August 1970.

b) Beurteilung der Friedensaussichten.

Ein kurzer Blick von Jerusalem aus über die Grenzen:

Aegypten ist militärisch und wirtschaftlich so schwach, dass es für Israel keine militärische Gefahr darstellt, wobei allerdings die günstige strategische Lage Israels seit dem Sechstagekrieg, die Lockerung der Beziehungen zwischen Aegypten und UdSSR seit Juli 1972 und die Tatsache, dass heute die Araber stärker gespalten sind als 1967 ebenfalls Elemente dieser Beurteilung sind. Die kürzliche Pressemeldung über den erbärmlichen Zustand der ägyptischen Rüstung 8 Monate nach Abreise der russischen Experten findet hier Glauben. (Auch die UNTSO nimmt an, dass die britische Meldung richtig sein kann.) Man glaubt auch, dass Präsident Sadat glücklich wäre, durch ein Wunder und auf friedlichem Weg den Zustand von vor dem verlorenen Krieg von 1967 wieder hergestellt zu bekommen. Man zweifelt aber, dass er vorläufig stark genug ist, um an den Verhandlungstisch zu kommen und Konzessionen zu machen (auch wenn diese Zweifel aus taktischen Gründen nicht offen ausgesprochen werden). Die relativ stabile Kombination Sadat / ägyptische Armee erlaubt gerade nur den Versuch, die innere Front etwas in Ordnung zu bringen. Dass aber nur Verhandlungen zum Frieden führen und dass Israel aufgrund seiner eigenen Geschichte und zahlreicher weltpolitischer Präzedenzfälle Verhandlungen erwarten darf und dass es schliesslich Recht hat auf Anerkennung und auf eine Revision des Zustandes von vor 1967, das zu beweisen und als berechtigt anerkennen zu lassen, ist gerade das Ziel der israelischen Aussenpolitik. Aus dieser Divergenz zieht man hier den Schluss, dass der Status quo noch lange Zeit andauern kann. In Kairo müsste sich etwas ändern, wenn man weiterkommen will und

dafür sieht man vorläufig noch keine Anzeichen. Immerhin schliesst man nicht aus, dass gelegentlich eine grundsätzliche Wandlung in Kairo eintreten könnte. Präsident Sadats Illusionen, dass er für seine maximalen Forderungen Unterstützung durch die UNO, UdSSR, Europa oder USA erhalten würde, sind verfliegen; andere Optionen als Verhandlungen bleiben ihm aber kaum mehr, wenn er einmal den Status quo nicht mehr ertragen kann.

Mit Jordanien sind die Beziehungen an der Oberfläche beinahe normal. Der Waren- und Personenaustausch ist intensiv. Die Interessen gehen parallel. Rücken an Rücken können sich Israel und Jordanien gegen die übrigen Staaten und die Fedayin am besten wehren. Von beiden Seiten versucht man daher, die Atmosphäre zu verbessern und Vertrauen zu schaffen - so wenn Hussein erklärt, er wolle gegen Israel nicht mehr Krieg führen. Dieses politische Klima würde ermöglichen, über Demilitarisierung Cisjordanien, gemeinsame Abwehr des Terrorismus, jüdische Siedlungsrechte, Rückführung Cisjordanien unter jordanische Souveränität mit gewissen Grenzbereinigungen sich zu einigen, wenn z.B. das explosive Thema Jerusalem vorläufig noch ausgeklammert werden könnte. Die arabische Elite Cisjordanien bekennt sich heute zur Rückkehr zu Jordanien und wünscht keinen unabhängigen, dem Terror ausgelieferten und damit für Israel unannehmbaren Staat; dies könnte eine Einigung mit Jordanien ebenfalls erleichtern. Vorläufig herrscht in Jerusalem aber die Meinung vor, König Hussein könne nicht als erster an den Verhandlungstisch kommen. Er würde sonst einen konzentrierten Angriff aller andern Araber auf sein Regime auslösen, dem er trotz Hilfe der USA vielleicht nicht mehr widerstehen könnte. Ein Entscheid Kairo zu verhandeln, wäre für Hussein aber grünes Licht, um ungestraft ein Abkommen mit Israel zu suchen. Dadurch käme die ganze festgefahrene Situation in Bewegung.

Syrien ist ein Nebenschauplatz trotz russischer und ägyptischer Hilfe; mit dem syrischen Regime sind Verhandlungen viel weniger denkbar als mit Aegypten. Trotz der völlig abweisenden Haltung des syrischen Regimes Israel gegenüber (Unterstützung der Fedayin, Nichtanerkennung der Resolution 242 des Sicherheitsrates, Verweigerung des Kriegsgefangenen austausches etc.) hat sich dank der Stärke der israelischen Armee und der unbequemen strategischen Lage Syriens seit dem Sechstagekrieg ein Gleichgewicht herausgebildet, das sich mit Hilfe gelegentlicher harter gezielter Schläge der Israeli noch lange aufrecht erhalten lässt.

An der Grenze mit Libanon herrscht Ruhe. Mit diesem Nachbarn hat Israel wohl die intensivsten de facto-Kontakte, wenigstens auf militärischem Niveau. Die letzten Strafexpeditionen der

Israeli auf libanesisches Territorium haben nicht etwa das labile innenpolitische Gleichgewicht in Libanon zerstört, sondern im Gegenteil der libanesischen Regierung den Rücken gegen die staatsfremden Fedayin gestärkt.

Das Problem des "palästinensischen Volkes" hat komplexe Aspekte: Die Araber, die einmal im früheren britischen Mandat Palästina (einen unabhängigen Staat Palästina oder ein palästinensisches Volk hat es überhaupt nie gegeben) lebten, wurden in ihren Rechten und Lebensverhältnissen durch den UNO-Beschluss, einen jüdischen Staat Israel zu gründen, tatsächlich eingeschränkt. Dass Tausende 1948/49 während der arabischen Offensive gegen Israel und dem erfolgreichen Widerstand der Israeli gegen die arabischen Armeen zum Teil sogar auf Aufforderungen der Araber selber hingeflohen sind, machte das Problem noch komplexer, erleichterte allerdings vielleicht auch die Schaffung Israels im Sinne des UNO-Beschlusses. Heute sind mindestens 4 Gruppen palästinensische Araber zu unterscheiden:

- Die Araber, die im alten Israel geblieben sind. Diese zehnpromzentige Minderheit von heute ungefähr 300'000 Personen hat sich verhältnismässig gut integriert und bildet kaum ein Problem.
- Die eingewessene palästinensische Bevölkerung Transjordaniens hat mitgeholfen, die Fedayin aus Jordanien zu vertreiben, dürfte zum Regime halten und bereit sein, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren.
- Die Bevölkerung von Cisjordanien von ca. 700'000 Personen will, wie einige ihrer Führer kürzlich verkündeten, unter die Herrschaft von König Hussein zurückkehren, also weder selbständig werden, noch mit den Fedayin gemeinsame Sache machen. Sie dürfte in ihrer grossen Mehrheit bereit sein, Israel anzuerkennen und mit ihm normale politische und wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Das hohe Lebensniveau, das die Cisjordanier heute geniessen, werden sie nicht mehr aufgeben wollen.

Mit diesen drei Gruppen wird sich Israel arrangieren können. Sie zeigen auch ihrerseits Interesse, mit Israel in normalen wirtschaftlichen und sogar politischen Beziehungen zu stehen; sie bestreiten auch nicht die Existenzberechtigung Israels.

Das sogenannte Palästinenserproblem betrifft im grossen und ganzen nur die Flüchtlinge, besonders diejenigen in Gaza, Libanon und Syrien, welche einmal altisraelisches Gebiet verlassen haben. Die arabischen Staaten weigerten sich während 25 Jahren, für sie eine menschenwürdige Lösung zu suchen,

trotzdem die Finanzen dafür nicht gefehlt hätten. Israel hat öfters verlangt, dass eine internationale Konferenz einberufen werde, um über eine solche Lösung zu beraten. Mit dem Postulat, dass Israel alle Flüchtlinge aufzunehmen habe, strebten die arabischen Regierungen eine arabische Mehrheit in Israel an, um dessen jüdischen Charakter untergraben zu können. In israelischen Augen kann daher z.B. Präsident Sadat nicht aufrichtig Anerkennung und Frieden für Israel anstreben, solange er in dieser absoluten Form die Rechte des palästinensischen Volkes auf unbeschränkte Rückkehr nach Israel vorbehält. Offensichtlich konnte aber sogar unter diesen Flüchtlingen immer nur ein sehr kleiner Teil für den aktiven Kampf gegen Israel gewonnen werden. Immerhin gestatteten die finanziellen Beiträge, für die Bekämpfung Israels Stosstruppen unter den Flüchtlingen zu mobilisieren, die beträchtliche Unruhe in der ganzen Welt stiften und den Nahostkonflikt am Leben erhalten konnten. Die arabischen Regierungen verliehen ihnen politische und finanzielle Unterstützung, um von Waffenruhe und sogar Frieden sprechen zu können, während durch Dritte, für welche sie die Verantwortung nach Belieben ablehnen konnten, der Kampf gegen die Existenz Israels weitergeführt wurde.

Israel war nie bereit, alle Flüchtlinge aufzunehmen, gerade um nicht seine eigene Existenz zu gefährden. Eines seiner Argumente war, dass Israel hunderttausende von jüdischen Flüchtlingen aus arabischen Ländern aufgenommen habe und es an den arabischen Staaten sei, dafür einen Teil der arabischen Flüchtlinge aus Israel anzusiedeln. Dagegen war Israel immer bereit, eine beschränkte Zahl Flüchtlinge zu übernehmen und an die Umsiedlung der übrigen Beiträge zu leisten.

Die UdSSR setzte in Verfolgung ihrer aktiven Mittelmeer- und Nahostpolitik seit Beginn der 50er Jahre einseitig auf die arabische Karte, nachdem sie nach dem 2. Weltkrieg die Gründung Israels befürwortet hatte, um die britische Position im Nahen Osten zu schwächen. Die UdSSR rüstete Aegypten auf, blockierte in der UNO die Formalisierung der Waffenstillstandslinien als endgültige Grenzen, lähmte den Sicherheitsrat durch Vetos und erreichte dadurch, dass die UNO als wirksamer Garant von Frieden und Sicherheit im Nahen Osten ausfiel. Die Erfolge von 1956 liessen Aegypten in den 60er Jahren annehmen, dass die UdSSR auch weiterhin die Westmächte neutralisieren werde. Nasser verwies auf die Hilfe der UdSSR, als er am 22.5.1967 die Sperre der Meerenge von Tiran anordnete. Die UdSSR hatte Nasser über einen bevorstehenden Angriff Israels auf Syrien berichtet und noch am 3. Juni 1967 Nasser versichert, dass sich Israel nicht wehren werde, da es von niemandem unterstützt sei. Absichtlich

oder infolge der eigenen Falschbeurteilung der Lage verschuldete die UdSSR somit weitgehend den Sechstagekrieg. Zum Teil dieser Schuld wegen liess sich die UdSSR in der Folge in ein Engagement in Aegypten hineinmanövrieren, von dem sie sich erst im Sommer 1972 im Gefolge der amerikanisch-russischen Annäherung, wohl zu ihrer eigenen Erleichterung, wieder lösen konnte.

Die Rolle, welche die UdSSR 1967 gespielt hatte, und ihr starkes Engagement in Aegypten 1969/70 mit der Gefahr direkter Konfrontation zwischen der russischen und der israelischen Armee hat hier ein eigentliches Trauma hinterlassen. Die Befreiung von dieser Gefahr mit dem Besuch Nixons in Moskau im Mai 1972 und mit der Lockerung der militärischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Aegypten im Juli 1972 hat eine entsprechende Erleichterung, ja Optimismus ausgelöst. Es scheint, dass beide Supermächte darauf tendieren, den Nahostkonflikt zu lokalisieren, was wesentlich zur Entspannung beiträgt.

Von den USA hat Israel nie die Unterstützung erwartet, welche die UdSSR Aegypten gewährte, nur den Ausgleich zur Hilfe, den die Gegner erhalten, die Herstellung des Gleichgewichts.

Da die USA aber, seit Präsident de Gaulle 1967 vor dem Ausbruch des Sechstagekrieges die weitere Aufrüstung Israels untersagte, der einzige zuverlässige Partner Israels ist, welcher diesen Ausgleich herstellen kann, ist Israel auch bereit, zur Erhaltung des Wohlwollens der USA einen entsprechenden Preis zu zahlen. Mit Bezug auf Rüstungs- und Wirtschaftshilfe und die Prozedur für die Lösung der Nahostkrise besteht zurzeit Einvernehmen zwischen Washington und Jerusalem. Die kürzlichen Besuche der Minister Dayan, Sapir, Allon und von Premier Golda Meir in Washington haben Israel in der Auffassung bestärkt, dass dieses Einvernehmen anhalten werde, auch wenn über die Details einer Friedensregelung noch viele Differenzen bestehen. Die kürzlichen Aeusserungen des stellvertretenden Staatssekretärs Sisco bestätigten diese Auffassung.

In Europa wirbt Israel intensiv um Verständnis für seine Thesen über Sicherheit und Existenz und über das Vorgehen zur Lösung der Nahostkrise. Man möchte erreichen, dass sich Europa hinter die amerikanischen Bemühungen stellt, keine eigenen Initiativen ergreift und die Araber zu überzeugen sucht, dass nur Verhandlungen mit Israel die Krise lösen können. Wenn Europa finanzielle Mithilfe für die Oeffnung des Suezkanals offerieren könnte, wäre dies für Präsident Sadat vielleicht ein Grund mehr, auf die Idee einer etappenweisen Lösung einzugehen.

Der UNO gegenüber empfindet Israel grösstes Misstrauen. 1947-49 hatte man noch mit Hoffnung und Vertrauen auf die UNO geschaut. Die UNO legte die Grundlagen für den Staat Israel, auch wenn diese nicht den Erwartungen aller Juden entsprachen. Man tröstete sich mit der Hoffnung, dass die Weltgemeinschaft sich hinter ihre Mehrheitsbeschlüsse stelle und damit die Zukunft und Sicherheit Israels trotz der ungünstigen Grenzen gegen die Opposition der Araber garantieren würde. Die Hilfe der UNO bei den Waffenstillstandsverhandlungen von 1949 unter Leitung von Dr. Bunche stützte diese Hoffnung. Sofort nach dem Abschluss des Waffenstillstandsvertrages begann aber die Enttäuschung. Die hoffnungsvoll begonnene Normalisierung im Nahen Osten konnte wegen des Widerstandes der Araber, in der Folge sekundiert von der UdSSR, nicht weitergeführt werden. Vor allem über Jerusalem und dem Flüchtlingsproblem geriet man sich in die Haare. Die UNO erfüllte die Erwartungen Israels immer weniger, bis im Vorfeld des Sechstagekrieges, als die Araber den Zeitpunkt für günstig erachteten, um Israel mit wohlwollender Unterstützung der Russen wieder zum Verschwinden zu bringen, die UNO auf einseitigen Wunsch Aegyptens ihre Ueberwachungstruppen vom Suezkanal und Gaza zurückholte.

Der Beschluss des Sicherheitsrates 242 vom November 1967 brachte nochmals einen Versuch der UNO, sich einzuschalten. Er blieb erfolglos, weil sich die Grossmächte und die feindlichen Parteien von Anfang an über den Sinn des Beschlusses und die Aufgaben des Sonderdelegierten Jarring uneinig waren.

In den letzten Jahren nahm Israels Misstrauen der UNO gegenüber noch zu, je mehr die Araber und ihre Freunde ihre Ueberzahl in der UNO benützten, um sich vor den Realitäten in rhetorische Erfolge zu flüchten. Jedenfalls gibt es in Israel kaum noch jemanden, der bereit wäre, für Sicherheit und Verteidigung Israels auf UNO-Garantien abzustellen. Mehr als Beobachter- und Kontrollfunktionen will man weder der UNO noch andern ausländischen Truppen anvertrauen.

Aus den kriegerischen und politischen Ereignissen der letzten 25 Jahre, aus der andauernden Feindschaft der Araber und aus der Einstellung der Welt zum Kampf Israels um Existenz und Anerkennung, wie ich sie eben kurz zusammenfasste, zieht die israelische Regierung folgende Schlüsse:

1. Den Sicherheitsüberlegungen kommt eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Das Verteidigungspotential muss laufend der kurz- und langfristigen Entwicklung des Kriegspotentials des

Gegners angepasst werden; die übrigen Bedürfnisse von Staat, Bevölkerung und Wirtschaft werden den Sicherheitserfordernissen untergeordnet. Für die Aussenpolitik, für die Pflege der Beziehungen zu andern Staaten, für die Haltung den Friedensbemühungen gegenüber haben Sicherheitsüberlegungen Priorität. Man hütet sich, die Sicherheit des Staates durch Vorleistungen oder durch vorzeitige Festlegung auf Konzessionen zu präjudizieren, solange es nicht unbedingt nötig ist und solange nicht genau bekannt ist, was der Verhandlungspartner als Gegenleistung anbietet. Man möchte zwar Frieden und Normalisierung; ein Maximum an Sicherheit lässt sich aber nur herausholen durch Verhandlungen mit dem verantwortlichen Partner, der die Resultate des "do ut des" auch wirklich liefern kann. Es geht für Israel um eine todernste Existenzfrage, bei der es nur sich selbst und die Diaspora verpflichten will; niemandem anders zuliebe wird es einen durch Armee oder Politik errungenen Vorteil aus der Hand geben, ohne sicher zu sein, auf dem Weg zu Frieden und Anerkennung ein konkretes Stück vorwärts zu kommen.

In diesem Sinne wird Israel seine heutigen Verteidigungslinien nicht verlassen, solange es nicht Gewissheit hat, dass es während längerer Zeit in Frieden gelassen wird. Um sich auf den heutigen Linien zu halten, muss es danach streben, militärisch dem Gegner mindestens ebenbürtig zu sein, d.h. praktisch die Luftüberlegenheit zu haben, Ueberlegenheit in der Ausbildung und im Geist der Truppen und in der Organisation der ganzen Verteidigung.

2. Aus den politischen Ereignissen der letzten Jahre zieht die grosse Mehrheit der Israeli für sich den Schluss, dass für absehbare Zeit kein Fortschritt in den Friedensbemühungen zu erwarten ist. Das heisst nicht, dass die Regierung mit Rücksicht auf seine Freunde im Ausland und die Kritiker im Inland nicht alle Friedensbemühungen unterstützen würde, sofern von Israel keine Vorleistungen verlangt werden und solange es für die Gewährung wesentlicher Konzessionen den Entscheid in der Hand behalten kann (also direkte oder indirekte Verhandlungen mit den Nachbarn; für Aussenseiter lediglich Vermittlerrolle.) In diesem Sinne wäre heute eine grosse Mehrheit der Israeli bereit, den grössten Teil des Sinai und die bevölkerten Gebiete von Cisjordanien zurückzugeben, gegen ein Abkommen mit Aegypten und Jordanien, das die Existenz Israels de facto anerkennen und eine Garantie gegen weitere Feindseligkeiten enthalten würde. Die Israeli sind aber überzeugt, dass ein solches Abkommen heute nicht

möglich ist; sie wollen sich vorläufig auch nicht darauf festlegen, was sie heute dafür bezahlen würden. Die Richtlinien für die Verhandlungen werden schliesslich einmal vom Tatbestand im Moment des Verhandlungsbeginns abhängen. In 10, 20 oder 50 Jahren werden sich die Verhältnisse in Israel, in den besetzten Gebieten, bei den Nachbarn und bei weiteren Faktoren so verändert haben, dass es dann ein Nachteil wäre, sich früher einmal auf ein Verhandlungskonzept festgelegt zu haben. Ein allgemeines Abkommen liegt also noch in weiter Ferne; die Israelis sind aufrichtig, wenn sie deshalb erklären, eine Lösung könne nur in Etappen gefunden werden, vorerst also über eine technische Vereinbarung zur Oeffnung des Suezkanals als erste Etappe auf dem Weg zur Lösung aller pendenten Probleme.

3. Da sogar für eine Interimslösung zurzeit nach Aeusserungen der Araber wenig Hoffnung besteht, richtet man sich in Israel auf das Fortdauern des Status quo ein. Wie die Zeit zwischen heute und dem Beginn von Verhandlungen mit dem Gegner über eine Voll- oder Teillösung genützt werden soll, bestehen grosse interne Meinungsdivergenzen, die sich gerade jetzt in der Diskussion und in der Zulassung von Landerwerb in Cisjordanien im Vorfeld der Parlamentswahlen besonders heftig auswirken. Die Mehrheit der entscheidenden Politiker unter Leitung von Premierminister Golda Meir verfolgen folgende Linie: Israel ist verantwortlich für die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung. Diese Verantwortung und Israels langfristiges Interesse verlangen eine Politik der guten Nachbarschaft mit Jordanien, der offenen Türe und der friedlichen guten Beziehungen zur Bevölkerung Cisjordaniens. Man findet, dass die Unzufriedenheit mit dem heutigen Zustand der militärischen Besetzung am ehesten dadurch behoben werden kann, dass der Lebensstandard erhöht wird, dass Industrie, Landwirtschaft und Tourismus gefördert werden, dass man eine gewisse politische Eigenpersönlichkeit der besetzten Regionen anerkennt und dass die Möglichkeit der späteren Rückgliederung unter jordanische Souveränität nicht präjudiziert werden soll. Jüdische Siedlungen will man daher nur in Gebieten gestatten, die man für die Sicherheit Israels als wichtig ansieht, so Golanhöhen, Sharm-el-Sheikh, Zugänge zu Gaza und Jordanufer. Diese Politik der Regierungsmehrheit wird zurzeit noch eingehalten, auch wenn aus militärischen, religiösen und chauvinistischen Gründen dagegen Sturm gelaufen wird; ein Sturm, der besonders im Vorfeld der Wahlen hohe Wellen schlägt. Ob diese Linie jedoch auf 10 bis 20 Jahre hinaus gehalten werden kann, wird sich erst zeigen.



4. In den internationalen Verhältnissen steht im Vordergrund die besondere Pflege der Hauptstützen Israels, nämlich der jüdischen Diaspora und der USA. Sehr sorgfältig werden aber auch die Beziehungen zu Europa, besonders zur EWG, Rumänien, Skandinavien und den Neutralen, zu Südamerika, zu den sozialistischen Parteien und zu den internationalen Organisationen gepflegt. Mit allen Mitteln versucht Israel, trotz der arabischen zahlenmässigen Uebermacht, die erreichte internationale Anerkennung zu halten und womöglich auszubauen. Man versucht, der Propaganda der arabischen Regierungen und der palästinensischen Extremisten zu begegnen und die Glaubwürdigkeit zu erhalten, dass Israel aufrichtig am Frieden interessiert und auch bereit sei, dafür einen angemessenen Preis zu zahlen. Man versucht, Verständnis für die Limitierung der Konzessionen zu finden, die Israel machen kann, wenn seine Konzeption von der jüdischen Heimstätte und vom Recht eines souveränen Staates, der erst noch drei Kriege gewonnen hat, auf sichere Grenzen und auf entsprechende Konzessionen des Gegners nicht präjudiziert werden soll.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

*lu*

Beilage:

Rekapitulation über  
den Nahostkonflikt



HH/mk

## NAHOST-KONFLIKT

### 1. Die politischen Vorgänge von 1967 bis 1972

Auf die Vorgeschichte und den Ablauf des Sechstagekrieges vom 5. bis 10. Juni 1967 gehe ich nicht ein. Er war nach israelischer Auffassung von den arabischen Nachbarn mit starker russischer Mithilfe begonnen worden mit der Schliessung der Meerenge von Tiran. Israel fühlte sich dadurch und durch den Aufmarsch ägyptischer Armeen im Sinai derart bedroht (den Ernst der Bedrohung haben allerdings in letzter Zeit einige wenige Generäle in Zweifel gezogen), dass die Regierung der Armee den Befehl zum Angriff erteilte. Der Krieg hatte eine eindeutige Niederlage der Araber und die Besetzung von Ost-Jerusalem, Sinai, Gaza, Zis-Jordanien und Golanhöhen zur Folge. Nach israelischer Auffassung hatten alle vier Nachbarn durch Kriegshandlungen die früheren Waffenstillstandsabkommen hinfällig gemacht. Die tatsächlichen Grenzen bilden daher seit dem 10. Juni die neuen Waffenstillstandslinien.

Ein israelisches Gesetz, das den Einbezug Ost-Jerusalems in das israelische Staatsgebiet vorsah, wurde von der UNO-Generversammlung im August 1967 für ungültig erklärt. Israel verhält sich trotzdem seither so, wie wenn sein Gesetz gültig wäre.

Das wichtigste Datum der Nachkriegszeit ist wohl der 22. November 1967, als der Sicherheitsrat beschloss, den UNO-Generalsekretär mit dem Versuch zu beauftragen, Verhandlungen zwischen den Parteien zustande zu bringen. Diese sollten zu einem Friedensvertrag führen, der eine Normalisierung der Beziehungen unter den fünf Staaten und eine Anerkennung Israels innerhalb von sicheren und anerkannten Grenzen vorsehen sollte. Der schwedische Botschafter Gunnar Jarring erhielt das Mandat, den Sicherheitsratsbeschluss durchzuführen. Jarring begann Anfang 1968 mit Konsultationen, die aber zu nichts führten, weil die Israeli direkte Verhandlungen wollten und die Aegypter solche ablehnten. Mit andern Worten erwarteten die Israeli, als Sieger die Grenzen von 1948 vorverlegen zu können, um grössere Sicherheit gegen neue arabische Angriffe zu bekommen, während die Araber die vollständige Rückgabe der besetzten Gebiete als Verhandlungsvorbedingung betrachteten in der Hoffnung, von den alten Grenzen aus in einem späteren Waffengang gelegentlich den Eindringling Israel wieder ins Meer werfen zu können. Der Beschluss des Sicherheitsrates war aus den Verhandlungen der Mitglieder so zweideutig hervorgegangen, dass beide Parteien ihre Konzeption hinein interpretieren konnten. Im Juli 1967 beschloss die Araber bereits in Kairo, mit Israel nicht zu verhandeln

und es nicht in Ruhe zu lassen. Die arabischen Aussenminister bekräftigten diese Grundhaltung in Khartum am 1. September 1967 mit den berühmten drei "Neins", "no peace, no recognition, no negotiation" (kein Friede, keine Anerkennung und keine Verhandlungen mit Israel).

Nach israelischer Auffassung hat sich an der in Khartum zum Ausdruck gekommenen Haltung der Araber bisher nichts geändert. Die Araber wollen keine Frieden; sie wollen die Konsequenz aus den israelischen Siegen und aus der darauf basierenden tatsächlichen Etablierung des jüdischen Staates Israel nicht anerkennen. Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und ungeschehen machen, was seit 1947 passierte. Sie hoffen, ihr Ziel mit politischer und militärischer Hilfe von aussen erreichen zu können, da sie allein es nicht vermögen.

Diese Hoffnung wird so lange weiter genährt, als ihnen die UNO, die Russen und die Westeuropäer in Aussicht stellen, ihnen für die Erreichung ihres Zieles beizustehen. Die Nahost-Krise geht erst dann zu Ende, wenn die Araber, insbesondere Aegypten, sich ehrlich zu den Grundsätzen des Sicherheitsratsbeschlusses vom 22. November 1967 bekennen und diese zusammen mit den durch die sechsjährige Starrköpfigkeit und Weigerung, den Tatsachen in die Augen zu blicken, selbstverschuldeten Konsequenzen und Fakten als Basis ihrer Politik annehmen. Die rege politische Aktivität zwischen 1967 und heute konnte wegen dieser grundsätzlichen Differenz nie an die Wurzel des Übels herankommen und musste erfolglos bleiben. Sie war im Grunde genommen blosser Scheingeschäftigkeit, um neue Kriegshandlungen zu verhindern. Die unmittelbaren Ursachen, die auslösenden Funken für den Sechstagekrieg waren die bewusst falschen russischen Meldungen über israelische Angriffsabsichten gegen Syrien, die intensiven Terroraktionen aus Syrien, die Blockade der Meerenge von Tiran\* und der Aufmarsch der ägyptischen Armee im Sinai. Im grösseren Zusammenhang waren die Gründe für den Krieg von 1967, wie für seine Vorgänger von 1949 und 1956, die kategorische Feindschaft der Araber gegenüber Israel, ihren Ausschluss Israels aus der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Region, die Verneinung für Israel einer historischen Eigenpersönlichkeit und souveränen Zukunft.

#### Die politischen Vorgänge in der Region im Einzelnen:

Israel: Kurz vor dem Sechstagekrieg übernahm General Dayan das Verteidigungsministerium. Damit verfügte Israel noch mehr als bisher über ein festgefügttes, schlagkräftiges Regime, geleitet von einer Equipe, die starken Rückhalt im Volk hatte. Am 11. März 1969 übernahm sodann Frau Golda Meir die Ministerpräsidentenschaft, eine Persönlichkeit von unbestrittenem Prestige und aussergewöhnlicher Fähigkeit, Differenzen zwischen den

\* am 22.5.1967

einzelnen Fraktionen der Koalition zu überbrücken und schliesslich eine Politikerin, welche durch Sprache und Charakter leicht Kontakt in den USA fand. Die Wahlen vom Oktober 1969 bestätigten das bisherige Kräfteverhältnis: die Labour Party mit einigen Wahlverbündeten bildete nach wie vor die massgebende politische Kraft im Land. Die Koalitionsregierung unter Einschluss der Rechtspartei Gahal wurde weitergeführt, bis im Sommer 1970 die Regierung Friedensverhandlungen unter Leitung von Botschafter Jarring zustimmte, um die Waffenruhe am Kanal zu erkaufen. Diese Konzession bewog Gahal zum Austritt. Seither gelang es der starken Hand von Golda Meir, ihrem grossen persönlichen Prestige und der allgemeinen Anerkennung ihrer Leistungen zum Wohle Israels, ohne grössere Regierungskrise durchzukommen und zu erreichen, dass so verschiedenartige, eigensinnige, aber brillante und tüchtige Leute wie Allon, Dayan, Sapir und Eban zum Wohle des Ganzen zusammenarbeiten. Die starke Exekutive ist wohl eine Folge der Notlage, aber jedenfalls eines der Geheimnisse des israelischen Erfolges. Die Parlamentswahlen vom Oktober 1973 werden daran nichts ändern.

Aegypten: Der Tod Nassers im September 1970 bedeutet wohl einen Wendepunkt in der Nahost-Krise. Nasser war stark genug, um die militärische Macht Aegyptens auf den Juni 1967 hin mit Hilfe der Russen aufzubauen und die Mithilfe Jordaniens und Syriens zu erreichen. Nach der Niederlage halfen ihm dank seinem Prestige die Russen mit sofortiger Wiederaufrüstung bis zum Aufbau eines starken Raketenschutzes am Kanal. Sadat ist schwächer; intern und extern traut man ihm viel weniger als Nasser die Bezwingung Israels zu. Nach israelischer Auffassung werden bei der zweifelhaften, unsicheren Stellung Sadats weder die Russen noch Israel noch die USA stark auf ihn bauen und in seine Zukunft investieren. Der Abbau der russischen Position im Juli 1972 hat ihn für Israel noch ungefährlicher gemacht.

Vermittlertätigkeit im Nahen Osten: Vom 5. bis 10. Juni 1967 fand der Sechstagekrieg statt. Am 22. November 1967 kam nach heftigen diplomatischen Auseinandersetzungen unter besonders aktiver Teilnahme der Briten und Amerikaner der Beschluss 242 des Sicherheitsrates zustande mit der Ermächtigung an den Generalsekretär, einen Vermittler mit dem Versuch zu betrauen, die Streitparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Botschafter Jarring wurde als Vermittler bestimmt und nahm seine Versuche durch Kontaktnahme mit den Parteien sofort auf. Bereits im Januar 1968, nachdem Jarring sechsmal zwischen Kairo und Jerusalem gependelt hatte, kam er zum Schluss, dass seine Mission hoffnungslos sei. In Kairo erhoffte man von seiner Mission den Rückzug Israels aus sämtlichen besetzten Gebieten gegen eine vage Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes. Dies war für Israel unakzeptabel. Einige Monate später

begnügte sich Jarring damit, die Parteien zu einer Konferenz einzuladen, wo das weitere Verfahren besprochen werden sollte. Dies scheiterte an der Weigerung Aegyptens, mit Israel zu verhandeln. Nasser hielt an den drei "Nein" von Khartum fest. So begab sich Jarring zwischen Dezember 1967 und Dezember 1968 22 mal nach Jerusalem und Kairo, ohne sein Mandat erfüllen zu können. Auf den 1. September 1968 wollte er bereits, wie ich einem Bericht meines Vorgängers entnehme, sein Mandat zurückgeben. Die Grossmächte jedoch fürchteten das Vakuum, das dadurch entstanden wäre. Sie nötigten Jarring weiterzufahren; an den unüberbrückbaren materiellen Differenzen änderte sich dadurch bis heute nichts. Im Frühjahr 1969 unterbrach er seine Bemühungen. Nasser erklärte den "War of Attrition" am Kanal.

Jarrings Friedensversuche wurden im April 1969 auf Initiative Frankreichs von Besprechungen der vier Grossmächte abgelöst. Sie versuchten, den Sicherheitsratsbeschluss vom 22. November 1967 zu definieren, um Jarring eine bessere Verhandlungsbasis zu geben. Die 40 Sitzungen der Grossmächte brachten keine Resultate. Der schwache besiegte Partner im Konflikt, nämlich die Araber, von denen eigentlich Konzessionen hätten erwartet werden müssen, blieben unflexibel, da sie von der UdSSR und Frankreich zu 100 Prozent unterstützt wurden, England neutral blieb und einzig die USA Israel bis zu einem gewissen Grad unterstützten. Wegen dieses Ungleichgewichts war Israel den Grossmächte-Verhandlungen gegenüber immer negativ und misstrauisch eingestellt.

Nachdem weder Jarring noch die Grossmächte vorwärts kamen, fanden Besprechungen zwischen den Supermächten statt, die angesichts der Explosivsituation am Suezkanal zu dem am 9. Dezember 1969 von Staatssekretär Rogers publizierten Zehnpunkte-Friedensplan führten, der aber von den Arabern und Israel zurückgewiesen wurde. In der Folge wurden die Kämpfe am Kanal immer härter.

Im Juni 1970 unternahm Rogers eine neue Friedensinitiative; sie war darauf gerichtet, vorerst die Waffenruhe herzustellen, um dann die Jarring-Mission zu reaktivieren. Der erste Teil der Initiative gelang; am 7. August 1970 trat die Waffenruhe in Kraft. In der Folge nahm Jarring durch Kontakte in New York seine Tätigkeit wieder auf. Israel, das vorerst zugestimmt hatte, zog sich aber am 6. September 1970 zurück, da Aegypten und die UdSSR seines Erachtens mit dem Aufbau eines Raketensystems am Kanal die Abmachung über die Waffenruhe verletzt hatten. Nach amerikanischen Zugeständnissen für Flugzeuglieferungen stimmte Israel im Dezember 1970 einer neuen Jarring-Runde zu. Im Januar 1971 nahm Jarring in New York die Kontakte mit den Parteien wieder auf. Die Verhandlungen führten zu einer eigenen Friedens-

initiative des UN-Vermittlers; Jarring verlangte in seinem Memorandum vom 8. Februar 1971 von Aegypten eine Zusage, Frieden zu schliessen und von Israel, sich auf die frühere internationale Grenze zurückzuziehen, das heisst, den Sinai aufzugeben. Aegypten machte in seiner Antwort wesentliche Vorbehalte, so betreffend der Rechte des palästinensischen Volkes; Israel verweigerte Vorleistungen und beharrte auf Verhandlungen über die zukünftigen Grenzen, da es auf eine israelische Präsenz in Sharm-El-Sheikh nicht verzichten wollte. Dies blockierte die Mission Jarring; sie verfiel in Halbschlaf, bis sie im Mai 1972 als vorläufig erledigt erklärt wurde.

Die Erfolglosigkeit Jarrings führte zu den Interimsverhandlungen zur Oeffnung des Suezkanals. Der israelische Minister Dayan hatte im Dezember 1970 davon gesprochen, (Oeffnung des Kanals und militärischer Abbau auf beiden Seiten des Kanals). Präsident Sadat nahm die Idee einige Wochen später auf; Premierminister Golda Meir vertrat sie in einer Erklärung in der Knesseth. Die amerikanische Regierung, vor allem unter Initiative von Rogers und Sisco, offerierte sich zu vermitteln. Die Beiden besuchten im Mai 1971 die Hauptstädte. Eine Folge dieser Initiative war der Abschluss des russisch-ägyptischen Freundschaftsvertrages am 27. Mai 1971. Die Interimsverhandlungen selber sind bisher nicht vom Fleck gekommen, weil Aegypten durch eine Oeffnung des Kanals ein Einfrieren des Status quo befürchtet. Und doch wird sowohl von den USA wie von Israel das etappenweise Anpacken des Problems heute noch als einzig realistischer Ausweg angesehen: vorerst also eine technische Vereinbarung mit Rückzug der israelischen Truppen vom Kanalufer, Oeffnung des Kanals für die Schifffahrt, Verbreiterung des Niemandslandes ohne Präjudizierung der endgültigen Grenzen, lediglich Verpflichtung gemäss Resolution 242 des Sicherheitsrates zu verhandeln. Israel hat sich ausdrücklich zu Interimsverhandlungen bereit erklärt. Es ist aber auch bereit, über irgend ein anderes Thema und mit einem anderen Nachbar zu verhandeln.

## 2. Militärische Ereignisse

Zuerst eine Tabelle der israelischen Verluste:

	<u>Soldaten</u>		<u>Zivilisten</u>	
	<u>Tote</u>	<u>Verwundete</u>	<u>Tote</u>	<u>Verwundete</u>
Sechstagekrieg	777	2'811	26	195
War of Attrition 12.6.1967-7.August 1970 = 1141 Tage	594	1'959	127	700
31 Monate Cease Fire, 7.August 1970 bis März 1973	53	275	60	246

Der Sechstagekrieg legte mit seinen strategischen Verbesserungen für Israel die Grundlage für seine heutige günstige Situation. Aber eigentlich war es die Standhaftigkeit während des "War of Attrition", welche schliesslich Aegypten zur Waffenruhe zwang. Sie war ein grosser, wenn auch wenig spektakulärer Sieg. Für die Araber hatte der besondere Charakter des "War of Attrition" den Vorteil, dass ihre Niederlage keinen Gesichtsverlust bedeutete im Gegensatz zu den früheren Niederlagen. Sie konnten deshalb leichter zur Beendigung der Kriegshandlungen übergehen.

Der Sechstagekrieg dagegen war für die Araber ein Gesichtsverlust. Dies war einer der Gründe, abgesehen von der raschen Aufrüstung durch die UdSSR, weshalb bereits am 1. Juli 1967 die erste Kriegshandlung nach dem Waffenstillstand einsetzte. Es folgten andere durch Einsatz der Flugwaffe, der Marine und der Artillerie. UNO-Beobachter wurden am 17. Juli 1967 am Kanal stationiert. Vom 3. August 1967 an wurde es ruhiger (an den übrigen Fronten war es seit dem 10. Juni ruhig geblieben; an der Grenze mit Jordanien kehrte sogar eine friedliche Atmosphäre ein).

Die ersten Monate nach dem Sechstagekrieg waren für die spätere politische Haltung entscheidend. Die Euphorie der ersten Nachkriegstage mit ihrem Siegestaumel wurde durch die erwähnten Kriegshandlungen während des Monats Juli jäh gestört. Als Konsequenz bildete sich die Politik der sichern, vertraglich anerkannten und verteidigbaren Grenzen, auf die der Sieger Israel Anspruch erhob. Die Gesten der Unversöhnlichkeit von arabischer Seite, so die Beschlüsse von Khartum, festigten die Politik.

Am 6. und 27. September 1967 fanden die ersten Artillerieduelle am Kanal statt. Die Israeli reagierten mit Eingraben. Am 27. Oktober 1967 versenkte ein ägyptisches Motorboot den israelischen Zerstörer "Eilat". Die Israeli reagierten mit der Zerstörung der Raffinerien von Suez. Dies ist die militärische Vorgeschichte der Beratungen im Sicherheitsrat, die am 22. November 1967 zum Beschluss 242 führten, in welchem das Prinzip der sichern und anerkannten Grenzen niedergelegt ist. Es folgte die bereits erwähnte intensive Aktivität von Jarring. Auf militärischer Ebene herrschte am Kanal Ruhe bis Ende Juni 1968.

An den übrigen Fronten dagegen begann seit Anfang 1968 die Infiltration von Terroristen und die Unterstützung der Terroristen durch Artillerie vom jordanischen Territorium aus. Dies führte zu zahlreichen Verhaftungen, scharfem Vorgehen gegen Bewohner in den besetzten Territorien, welche den Terroristen halfen und zu Strafexpeditionen über die jordanische Grenze, so am 21. März 1968 nach Karameh, wo die Terroristen ihr Hauptquartier hatten (150 Terroristen wurden getötet und 130 gefangen

genommen), am 5. Juni 1968 nach Irbid und am 4. August 1968 nach Essalt bei Amman. Die Guerillas unternahmen einige grössere Aktionen, so im November 1968 Bombe in einem Supermarket in Jerusalem, Unterbrechung der Pipeline auf den Golanhöhen im Mai 1969, Beschiessung der Raffinerie in Haifa im Juni 1969, Angriff auf die El Al in Athen im Dezember 1968. Durch die israelischen Aktionen im jordanischen Grenzgebiet wurden die Terroristen ins Landesinnere zurückgedrängt, was die jordanische Opposition weckte. Die Terroristen, zwischen zwei Feuern, zogen im Schwarzen September 1970 den Kürzeren und mussten Jordanien verlassen.

Im Frühjahr 1969 erklärte Präsident Nasser, dass er bald zu aktiver Verteidigung und später zur Befreiung der besetzten Gebiete schreiten werde. In Israel betrachtete man dies als Erklärung des Abnutzungskrieges ("War of Attrition"). Schon vorher, am 8. September und 26. Oktober 1968 fanden besonders heftige Artillerieduelle statt, die starke israelische Verluste brachten (25 Tote). Israel begann mit Strafbombardierungen im Innern Ägyptens und mit dem Bau der "Bar-Lev-Festungslinie" am Kanal. Die scharfe israelische Reaktion hatte eine Ruhepause zur Folge. Am 8. März 1969 begann dann aber die ägyptische Artillerie die Gegenseite zu beschiessen, beinahe ohne Unterbruch bis am 20. Juli 1969. Dann begannen die Israeli die ägyptischen Artilleriestellungen mit Flugzeugen zu bombardieren. Trotz Verlusten führten die Ägypter den Krieg etwas verlangsamt weiter. Die israelischen Gegenschläge wurden stärker: am 8. September 1969 wurden zwei ägyptische Torpedo-Boote versenkt; am 11. September 1969 verloren die Ägypter 11 Flugzeuge an einem Tag; am 26. September 1969 demontierten die Israeli eine moderne sowjetische Radareinrichtung.

Anfang 1970 begannen die israelischen Luftangriffe ins Innere Ägyptens, bis in die Gegend von Kairo; ägyptische Kommandoaktionen auf die Ostseite des Kanals wurden abgeschlagen. Die ägyptische Flugwaffe verlor weitere Flugzeuge, am 30. Juni 1970 wurden sogar vier russische Piloten mit Mig-21 Y abgeschossen.

Ägypten und die UdSSR mussten einsehen, dass sie den "War of Attrition" verloren hatten, dass die israelische Armee auf diese Weise nicht abzunutzen war, sondern dass eher auf ägyptischer Seite sich eine gewisse moralische und militärische Abnutzung zeigte. Die ägyptischen Städte am Kanal waren weitgehend zerstört; die Bevölkerung musste sich ins Landesinnere zurückziehen. Ägypten war reif für die Waffenruhe, die am 7. August 1970 in Kraft trat. Am 28. September 1970 starb Nasser; kurz vorher hatte König Hussein in 11tägiger Schlacht die Terroristen aus Jordanien vertrieben.

Eine neue Phase setzte ein; die feindlichen Armeen an den Grenzen und die Terroristen hielten sich ruhig. Zwar gelang es den Ägyptern zu Beginn der neuen Waffenruhe, ihre Raketen-



stellungen in Verletzung der Vereinbarungen an den Kanal vorzuschieben und ihre Ausrüstung zu verbessern. Ferner fanden die Terroristen im Fatah-Land in Südlibanon neue Quartiere. Trotzdem blieb es seit dem 8. August 1970 bis heute an allen Fronten relativ ruhig.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

*Ku*